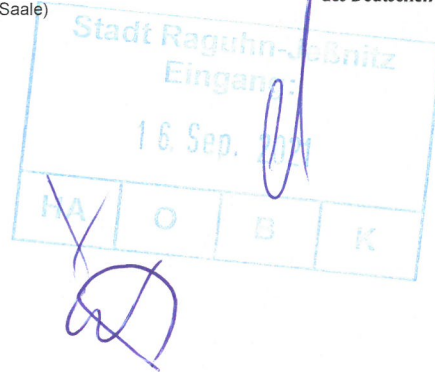




Landesverwaltungsamt · Postfach 20 02 56 · 06003 Halle (Saale)

Gegen Empfangsbekanntnis

Stadt Raguhn-Jeßnitz
Der Bürgermeister
Rathausstraße 16
06779 Raguhn-Jeßnitz



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

LANDESVERWALTUNGSAMT

Referat Städte- und Wohnungs-
bauförderung, Wohnungswesen,
Schulbauförderung

EDV

**Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus dem DigitalPakt
Schule (DigitalPakt-Richtlinie)**

RdErl. des MB vom 17.9.2019 – 35-81347 und vom 10.6.2021 – 15- 81347

**Fördermaßnahme: Aufbau oder Verbesserung der passiven und akti-
ven Infrastrukturkomponenten an der**

Grundschule "Am Markt" , Markt 1, 06779 Raguhn-Jeßnitz

Aktenzeichen: 81348-105-001

Ihr Antrag vom 31.05.2021, eingegangen am 23.07.2021

Zuwendungsbescheid

1. Bewilligung

Hiermit wird Ihnen nach Maßgabe der oben aufgeführten Richtlinie und
auf der Grundlage der in Ihren Antragsunterlagen gemachten Angaben
ein nicht rückzahlbarer Zuschuss in Höhe von bis zu

83.227,00 EUR

(dreiundachtzigtausendzweihundertsiebenundzwanzig EUR ^{00/100}),

davon 16.200,00 EUR unter aufschiebender Bedingung

des Nachweises über den erfolgten Aufbau der digitalen Vernetzung und
Verkabelung an der Schule und des schulischen WLAN

Halle, 14. September 2021

Ihr Zeichen: 81348-105-001

Mein Zeichen: 306.5.2

Bearbeitet von: Frau Hartmann

[Cornelia.hartmann@lwva.sach-
sen-anhalt](mailto:Cornelia.hartmann@lwva.sachsen-anhalt.de)

Tel.: (0345) 514-3250

Fax: (0345) 514-3260

Dienstgebäude:
Maxim-Gorki-Straße 7
06114 Halle (Saale)

Hauptsitz:
Ernst-Kamieth-Straße 2
06112 Halle (Saale)

Tel.: (0345) 514-0
Fax: (0345) 514-1444
Poststelle@
lwva.sachsen-anhalt.de

Internet:
[www.landesverwaltungsamt.
sachsen-anhalt.de](http://www.landesverwaltungsamt.sachsen-anhalt.de)

E-Mail-Adresse nur für
formlose Mitteilungen
ohne elektronische Signatur

LHK Sachsen-Anhalt
Deutsche Bundesbank
BIC MARKDEF1810
IBAN DE21810000000081001500

entsprechend den §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt (LHO) und des Zuwendungsrechtsergänzungserlasses (RdErl. des MF vom 6.6.2016) in der jeweils geltenden Fassung bewilligt.

Die Zuwendung wird in Form einer Anteilsfinanzierung zur Projektförderung in Höhe von bis zu 90 von Hundert der zuwendungsfähigen Ausgaben gewährt. Zuwendungsfähig sind Ausgaben für Fördergegenstände entsprechend der Nummer 2.1. der DigitalPakt-Richtlinie, deren Erstattungsfähigkeit aufgrund der o. b. Richtlinie oder anderer geltender Vorschriften nicht ausgeschlossen ist und welche für die Durchführung des o. b. Vorhabens unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit als erforderlich nachgewiesen sind.

Zuwendungsfähig sind Aufwendungen, die für erbrachte Maßnahmen/Leistungen im/in Schulgebäude/n und den dazu gehörenden Einrichtungen und auf Schulgeländen entstanden sind und eine ausschließliche Zuordnung dieser Ausgaben zu pädagogischen Tätigkeiten mit Ausnahme von Verwaltungsaufgaben an der Schule vorliegt. Aufwendungen für Maßnahmen/Leistungen in den Räumen/Gebäudeteilen für anderweitige Nutzung sind nicht erstattungsfähig. Liegt eine Mischnutzung vor, sind Ausgaben für passive Infrastrukturkomponenten an diesen Räumen förderfähig.

Aufwendungen für investive Begleitmaßnahmen sind förderfähig, wenn ein unmittelbarer und notwendiger Zusammenhang mit Investitionsmaßnahme besteht und sie bei Erfordernis barrierefrei sind. Dazu zählen auch projektvorbereitende und -begleitende Beratungsleistungen externer Dienstleister, die einer möglichst wirtschaftlichen Umsetzung und Nutzung der Leistungen nach Nummer 2.1 der DigitalPakt-Richtlinie dienen.

Nicht zuwendungsfähig sind Ausgaben für:

- Glasfaseranschluss oder anderweitige Breitbandanbindung der Schule,
- Personal- und Sachausgaben sowohl der Schule als auch des Schulträgers,
- Ausgaben für Betrieb, Wartung und IT-Support,
- Geräte für die überwiegende Erledigung von Verwaltungsaufgaben (z. B. Sekretariat, Schulleitung),
- Beschaffung von Smartphones,
- (Begleit-)Maßnahmen zur Erstellung von technisch-pädagogischen Einsatzkonzepten bzw. Medienbildungskonzepten von externen Anbietern, z. B. Bestandsaufnahme, Bedarfsermittlung etc.
- unbare Eigenleistungen des Zuwendungsempfängers.

Die Bewilligung erfolgt unter dem Vorbehalt der endgültigen Festsetzung nach Abschluss der Maßnahme und Prüfung der Verwendung unter Zugrundelegung der tatsächlich entstandenen und zuwendungsfähigen Aufwendungen unter Berücksichtigung des maximalen Fördersatzes (90 v. H.).

Die Bewilligung für die Durchführung der Investitionstätigkeit erfolgt für den Zeitraum vom 17.05.2019 bis zum 31. Dezember 2024. Zuwendungsfähig sind ausschließlich Ausgaben, welche gegenüber der Bewilligungsbehörde bis zum 31.12.2024 (Posteingang) zur Erstattung angemeldet wurden.

Die Aufwendungen für Leistungen, welche erst nach Ablauf des Bewilligungszeitraumes erbracht oder fällig werden, sind vom Zuwendungsempfänger selbst zu tragen.

2. Kostenentscheidung

Dieser Bescheid ergeht kostenfrei.

3. Zuwendungszweck

Der hiermit bewilligte Zuschuss ist zweckgebunden für den **Ausbau der digitalen Netzinfrastruktur, den Aufbau des WLAN Netzes für das gesamte Schulgebäude, für die Beschaffung von interaktiven Tafeln sowie für mobile digitale Endgeräte.**

Dieser dient entsprechend Ihrem Antrag allein zur Deckung der zuwendungsfähigen Ausgaben.

4. Bewilligungsrahmen und zuwendungsfähige Gesamtausgaben

Mit Antrag vom 31.05.2021 haben Sie für die Grundschule "Am Markt" , Markt 1, 06779 Raguhn-Jeßnitz einen Zuschuss entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus dem DigitalPakt Schule beantragt.

Die zuwendungsfähigen Ausgaben in Höhe 92.475,00 EUR wurden auf der Grundlage des v. b. Antrages einschließlich der Antragsunterlagen und des dazugehörigen Finanzierungsplanes mit der Aufgliederung der mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Ausgaben ermittelt. Die Beschreibung sämtlicher Maßnahmen/Leistungen des Projekts in den eingereichten Antragsunterlagen in der am Tag der Ausfertigung dieses Bescheides gültigen Fassung ist Bestandteil dieses Bescheides:

- für Aufbau oder Verbesserung der digitalen Vernetzung/Verkabelung sowie flankierende Verkabelungsmaßnahmen im o. b. Schulgebäude und/ oder auf dem Schulgelände:

Art der Aufwendung (A)	Geschätzte Kosten (B)	Beantragte Fördermittel (max. 90% von (B))	Eigenanteil (min. 10% von (B))
Planung	11.000,00 EUR	9.900,00 EUR	1.100,00 EUR
Beschaffung	8.000,00 EUR	7.200,00 EUR	800,00 EUR
Aufbau	19.000,00 EUR	17.100,00 EUR	1.900,00 EUR
Inbetriebnahme	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

- für Aufwendungen für schulisches WLAN:

Art der Aufwendung (A)	Geschätzte Kosten (B)	Beantragte Fördermittel (max. 90% von (B))	Eigenanteil (min. 10% von (B))
Planung	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
Beschaffung	18.000,00 EUR	16.200,00 EUR	1.800,00 EUR
Aufbau	5.000,00 EUR	4.500,00 EUR	500,00 EUR
Inbetriebnahme	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

- für Anzeige- und Interaktionsgeräte (zum Beispiel interaktive Tafeln, Displays nebst zugehöriger Steuerungsgeräte) zum Betrieb in der Schule, mit Ausnahme von Geräten für vorrangig verwaltungsbezogene Funktionen:

Art der Aufwendung (A)	Geschätzte Kosten (B)	Beantragte Fördermittel (max. 90% von (B))	Eigenanteil (min. 10% von (B))
Planung	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
Beschaffung	12.000,00 EUR	10.800,00 EUR	1.200,00 EUR
Aufbau	1.475,00 EUR	1.327,00 EUR	148,00 EUR
Inbetriebnahme	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Die Bewilligung für schulgebundene mobile Endgeräte (Laptops, Notebooks und Tablets mit Ausnahme von Smartphones):

Art der Aufwendung (A)	Geschätzte Kosten (B)	Beantragte Fördermittel (max. 90% von (B))	Eigenanteil (min. 10% von (B))
Planung	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
Beschaffung	18.000,00 EUR	16.200,00 EUR	1.800,00 EUR
Aufbau	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
Inbetriebnahme	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

erfolgt unter der aufschiebenden Bedingung des Nachweises über den erfolgten Aufbau der digitalen Vernetzung und Verkabelung an der Schule und des schulischen WLAN.

Finanzierungsplan:

zuwendungsfähige Gesamtausgaben	92.475,00 EUR
Zuwendung (90 v.H.), höchstens	83.227,00 EUR, davon 16.200,00 EUR unter aufschiebender Bedingung
Eigenmittel	9.248,00 EUR

Der Finanzierungsplan ist hinsichtlich des Gesamtergebnisses verbindlich.

Bei der Zuwendung handelt es sich um einen Höchstbetrag, der von den tatsächlich entstandenen, zum Erreichen des Förderzweckes unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit erforderlichen und nachgewiesenen förderfähigen Ausgaben abhängt. Ermäßigen sich nach der Bewilligung des Vorhabens die als zuwendungsfähig anerkannten Aufwendungen, erhöhen sich die Eigen- bzw. Fremdmittel oder treten neue Deckungsmittel hinzu, so ermäßigt sich die Zuwendung anteilig entsprechend dem in Punkt 1 dieses Bescheides festgelegten Vomhundertsatz.

Sie sind verpflichtet, der Bewilligungsbehörde unverzüglich sämtliche Änderungen im Finanzierungsplan um mehr als 1.000 Euro mitzuteilen. Eine verspätete Anzeige – insbesondere im Falle einer nicht vollständigen Inanspruchnahme der bewilligten Mittel – oder eine diesbezüglich unterlassene Anzeige kann zum teilweisen Widerruf der Zuwendung nach § 1 VwVfG LSA i. V. m. § 49 Abs. 3 Nr. 2 VwVfG (Auflagenverstoß) führen.

5. Rechtliche Grundlagen und Bestandteile dieses Bescheides

Die Bewilligung erfolgt nach Maßgabe der v. b. Richtlinie und auf der Grundlage folgender Rechtsgrundlagen, welche Bestandteil dieses Bescheides sind und als Auflagen/Nebenbestimmungen zu diesem Bewilligungsbescheid gelten, soweit in diesem Bescheid keine abweichende Regelung getroffen ist:

- a) der Verwaltungsvereinbarung „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“ vom 17.05.2019;
- b) der §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt (LHO) vom 30.04.1991 (GVBl. LSA 1991, S. 35), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.05.2021 (GVBl. LSA, S. 286), einschließlich der dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften für

- die Zuwendungen an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (VV-Gk, RdErl. des MF vom 01.02.2001, MBl. LSA 2001, S. 241, zuletzt geändert durch RdErl. des MF vom 21.12.2017, MBl. LSA S. 211) in der jeweils geltenden Fassung;
- c) des Zuwendungsrechtsergänzungserlasses (RdErl. des MF vom 06.06.2016, MBl. LSA 2016, S. 383) in der jeweils geltenden Fassung;
 - d) den Leitlinien des Landes Sachsen-Anhalt zur IT-Ausstattung an Schulen (<https://www.lvwa.sachsen-anhalt.de/index.php?id=62032>) in der jeweils geltenden Fassung;
 - e) Ihres Antrages auf Gewährung der Zuwendung mit allen dazu eingereichten Unterlagen in den jeweiligen zum Zeitpunkt des Erlasses dieses Bescheides aktuellen Fassungen.

6. Nebenbestimmungen/Auflagen/Bedingungen

Alle nachfolgend aufgeführten Nebenbestimmungen/Auflagen/Bedingungen gelten rückwirkend ab Beginn der Investitionstätigkeit:

a) Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (ANBest-GK) (Anlage zur VV-Gk Nr. 5.1 zu § 44 LHO) in der jeweils geltenden Fassung sind Nebenbestimmungen dieses Bescheides, soweit im Bescheid selbst keine abweichende Regelung getroffen wurde;

b) Vergabe von Aufträgen einschließlich Nachweis

Dieser Bescheid ergeht unter der Auflage der Einhaltung der vergaberechtlichen Bestimmungen in der jeweils geltenden Fassung, welche für einen öffentlichen Auftraggeber gelten. Verstöße gegen Vorschriften des öffentlichen Auftragswesens können zum vollständigen oder teilweisen Widerruf der Zuwendung führen.

Bei der Binnenmarktrelevanz der zu vergebenden Leistung sind besondere Anforderungen an die Bekanntmachung zu erfüllen. Bei der Entscheidung über die Vergabeart ist darauf zu achten, dass der Auftragswert gleichartiger Leistungen nicht künstlich geteilt wird, selbst wenn gleichartige Leistungen in mehreren Fachlosen vergeben werden sollen.

Zum Nachweis der Rechtmäßigkeit der erfolgten Auftragsvergaben sind der Bewilligungsbehörde **unverzüglich nach Abschluss des Vergabeverfahrens, spätestens jedoch mit dem Zahlungsantrag**, mit welchem die Erstattung von entsprechenden Aufwendungen beansprucht wird, sämtliche Vergabedokumente im Original, d. h. auch die

Angebote von unterlegenen oder ausgeschlossenen Bietern, von folgenden Vergabevorgängen vorzulegen:

- alle europaweit durchgeführte Ausschreibungsverfahren,
- bei allen anderen Beschaffungsvorgängen: jeweils ein Los mit dem höchsten und niedrigsten Auftragswert bei
 - öffentlicher Ausschreibung,
 - beschränkter Ausschreibung mit/ohne Teilnahmewettbewerb,
 - freihändiger Vergabe,

soweit Vergaben der v. b. Vergabeart stattgefunden haben.

Die Bewilligungsbehörde behält sich vor, weitere Unterlagen abzufordern.

c) Informations- und Publikationspflichten

Sie sind verpflichtet, auf die Förderung aus dem DigitalPakt Schule durch den Bund auf Ihrer Internetseite und der Internetseite der geförderten Schule und auf Poster oder geeigneten Hinweisschildern unter Verwendung der vorgegebenen Logo-Muster (<https://www.lvwa.sachsen-anhalt.de/index.php?id=62032>) hinzuweisen. Die Beschreibung des Projektes und der Hinweis auf die Förderung seitens des Bundes müssen ab dem Tag des Maßnahmenbeginns und bis zum 31.12.2025 verfügbar und vor Ort gut sichtbar sein.

Mit dem ersten Zahlungsantrag sind hierzu geeignete Nachweise (Fotos, Screenshot etc.) vorzulegen.

Bei allen Informations- und Kommunikationsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Vorhaben (z. B. bei Pressemitteilungen und Präsentationen) und nach Fertigstellung des Projektes haben Sie auf die Unterstützung aus dem Bundesförderprogramm in geeigneter Form (z. B. in Form einer Erläuterungstafel oder eines Posters) angemessen hinzuweisen.

Sie sind verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass auch im Unterricht angemessen auf die Förderung seitens des Bundes hingewiesen wird.

Der Zuwendungsempfänger erteilt der Bewilligungsbehörde die benötigten Auskünfte, insbesondere soweit diese zur Beantwortung parlamentarischer Anfragen oder zur Beantwortung von Berichtsaufforderungen des Bundes benötigt werden.

d) Aufbewahrungsfristen

Sämtliche Originale der Rechnungen, Zahlungsbelege und Vergabeunterlagen sind fünf Jahre nach Eingang des vollständigen Verwendungsnachweises bei der Bewilligungsbehörde aufzubewahren, sofern nicht nach steuerrechtlichen oder anderen Vorschriften eine längere Aufbewahrungsfrist bestimmt ist.

Die Bewilligungsbehörde ist berechtigt, aus begründetem Anlass die Aufbewahrungsfrist vor deren Ablauf zu verlängern.

e) Gebot des wirtschaftlichen und sparsamen Umgangs mit öffentlichen Mitteln

Preisnachlässe und Skonti sind zu berücksichtigen.

7. Auszahlung

Der Zuschuss darf, abweichend von Nummer 1.2 der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (ANBest-GK, Anlage zur VV-GK Nr. 5.1 zu § 44 LHO) nur insoweit und nicht eher abgefordert werden, als er für bereits erfolgte Zahlungen benötigt wird.

Die Auszahlung der bewilligten Zuwendung erfolgt auf Antrag mittels Formblatt bei der Bewilligungsbehörde. Mit dem Zahlungsantrag ist eine Übersicht (Rechenblatt) über die im Zahlungsantrag geltend gemachten Ausgaben in schriftlicher und elektronischer Form einzureichen, in welcher durch den Antragssteller förderfähige und nicht förderfähige Ausgaben zu kennzeichnen und die Summe der förderfähigen Ausgaben anzugeben sind. Es ist darauf zu achten, dass die nicht förderfähigen Ausgaben im Zahlungsantrag von den förderfähigen abgezogen werden. Die hierfür auszufüllenden Formulare können beim Landesverwaltungsamt und unter <https://www.lvwa.sachsen-anhalt.de/index.php?id=62032> im Internet abgerufen werden.

Es sind bezahlte Rechnungen sowie die dazugehörigen Zahlungsnachweise (Kontoauszüge) im Original oder als beglaubigte Abschrift vorzulegen. Soweit Rechnungen und Zahlungsbelege nur noch in elektronischer Form vorliegen, können diese als Originalbelege anerkannt werden. Im Zahlungsantrag muss verbindlich ein Konto benannt werden, auf welches der Zuschuss zu leisten ist.

Beträge aus vertraglich geregelten Gewährleistung- oder Sicherheitseinbehalten können als gezahlte Beträge nur unter nachfolgenden Voraussetzungen anerkannt werden:

- a) Vorlage einer Bürgschaftserklärung mit Verzicht auf die Einrede der Vorausklage in Kopie;
- b) Hinterlegung vom vereinbarten Betrag auf einem Sperrkonto, über welches beide Vertragsparteien nur gemeinsam verfügen können. Als Nachweis der Zahlung gelten die Angaben zum vereinbarten Sperrkonto und der Zahlungsnachweis über den eingezahlten Geldbetrag.

Interne Buchungen von Gewährleistung- oder Sicherheitseinbehalten auf den s. g. Verwahrkonten stellen keine Zahlung dar.

Eine Weitergabe der Fördermittel an Dritte ist nicht zulässig.

Die Bewilligungsbehörde behält sich vor, dem Zuwendungsempfänger die Bereithaltung und Vorlage von Unterlagen, die für die Bewertung und Erfolgskontrolle der Förderung von Bedeutung sind, aufzuerlegen.

8. Verwendungsnachweis

Nach vollständiger Auszahlung der bewilligten Zuwendung haben Sie innerhalb von sechs Monaten ab Anfang des auf die letzte Auszahlung der Fördermittel darauffolgenden Monats die zweckentsprechende Verwendung der Mittel mit dem entsprechenden Formular (abrufbar unter <https://www.lvwa.sachsen-anhalt.de/index.php?id=62032>) nachzuweisen. Der Verwendungsnachweis ist innerhalb von der v. b. Frist von sechs Monaten vom zuständigen Rechnungsprüfungsamt zu prüfen und das Ergebnis der Prüfung auf dem Formular bescheinigen zu lassen.

9. Prüfrechte

Der Bundesrechnungshof, der Landesrechnungshof und die nationalen Behörden des Landes Sachsen-Anhalt sind berechtigt, das Vorliegen der Voraussetzungen für die Gewährung und Verwendung der Zuwendung durch Kontrollmaßnahmen (z. B. durch Besichtigung an Ort und Stelle, Einsichtnahme in die Bücher, Belege und sonstige Unterlagen) zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen sowie die Auskünfte über die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse einzuholen.

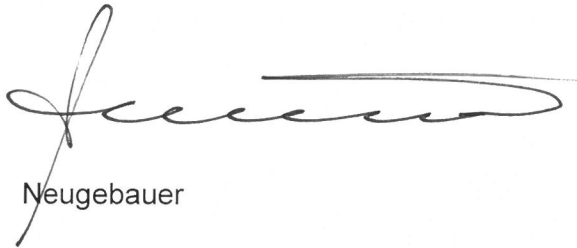
10. Begründung der Kostenentscheidung

An der Förderung besteht ein öffentliches Interesse. Daher wird gemäß § 2 Abs. 2 VwKostG LSA vom 27.06.1991 (GVBl. S. 154) in der jeweils geltenden Fassung, von einer Kostenhebung abgesehen.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Halle (Saale) in 0 6 1 1 2 Halle (Saale), Thüringer Straße 16 erhoben werden.

Im Auftrag

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized initial 'N' followed by a series of connected loops and a long horizontal stroke at the end.

Neugebauer